



N i e d e r s c h r i f t

**der 55. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
26.06.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Oberbürgermeister
Dr. Bernd Wiegand	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:33 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:33 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 14:02 Uhr bis 18:30 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 14:02 Uhr bis 16:22 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 16:22 Uhr
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:31 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frigga Schlüter-Gerboth	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:04 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:13 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 16:10 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:11 Uhr
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Inés Brock
Christian Feigl
Dennis Helmich

Melanie Ranft
Dr. Regina Schöps
Yvonne Winkler
Tom Wolter

Alexander Raue
Gernot Nette

David Hügel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme ab 14:09 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER,
Teilnahme bis 19:15 Uhr
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle,
Teilnahme ab 14:09 Uhr
AfD Stadtratsfraktion Halle

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Martin Heinz
René Simeonow
Marco Schreyer
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Immobilien
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch
André Cierpinski
Josephine Jahn
Dr. med. Detlef Wend
Prof. Dorothea Vent
Gerhard Pitsch

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion MitBÜRGER
Stadtrat

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Herr Reimann zu Jugend musiziert

Herr Reimann fragte, ob vorab die Überlegung bestand, auf dem Markt mit einem Plakat oder einem Banner auf die Veranstaltung „Jugend musiziert“ hinzuweisen. Weiter, ob im Vorfeld Absprachen stattfanden, da das Händel-Haus beispielsweise keine Auskünfte zum Ablauf geben konnte.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass der Ablauf des Bundeswettbewerbes sehr gut war. Gerade die Zusammenführung von Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ und den Händel-Festspielen hat zu einer fantastischen Atmosphäre in der Stadt geführt. Es gab in der Stadt viele verschiedene Plakate, da der Bundeswettbewerb an dreißig verschiedenen Standorten stattfand. Vorab fanden zahlreiche Absprachen und Abstimmungen statt.

zu Herr Zimmer zum Einkaufszentrum Am Treff

Herr Zimmer fragte nach dem Eröffnungstermin für das neue Einkaufszentrum „Am Treff“ und ob es ein in sich geschlossenes Objekt werden wird oder die umliegenden Geschäfte mit integriert werden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm Stufe 3

Herr Thomas fragte, wann die Stadt über die Pläne zum Stadtbahnprogramm informieren wird.

Herr Rebenstorf informierte über die geplante Veranstaltung am 01.07.2019, 18 Uhr, in der Diakonie zum gesamten Stadtbahnprogramm.

Herr Thomas fragte, ob die Verwaltung die Bürger beteiligen möchte. Weiter fragte er, seit wann es zum Stadtbahnprogramm ein Gesprächsformat Bürgerdialog gibt.

Herr Rebenstorf bat Herrn Thomas darum, seine eigenen Ideen zu den Veranstaltungen mit einzubringen.

zu Torsten Fritz zu Fridays for Future & Einwohnerbeteiligung

Herr Fritz fragte, ob die Forderungen von Fridays for Future in der Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke thematisiert wurde. Weiter fragte er, was mit der größten Thermoskanne der Welt geschieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, im Bericht des Oberbürgermeisters ausführlich darauf einzugehen. Die ca. 50 Maßnahmen sind intensiv mit Vertretern von Fridays for Future diskutiert worden. Die genannten Punkte wurden in der Aufsichtsratssitzung thematisiert. Im Ergebnis werden die einzelnen Forderungen in das Klimaschutzkonzept mit aufgenommen. Dies ändert nichts an der Strategie der Stadtwerke, die sich im Wesentlichen darauf bezieht, den sogenannten Grünen Strom weiter voranzutreiben.

Herr Fritz fragte, ob ein Einwohnerbeteiligungsformat stattfinden wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies unproblematisch ist.

Herr Fritz regte an, die Themenfelder Kohlendioxid-Akkumulation, Kohlendioxid-Reakkumulation und Baumforstanpflanzung mit aufzugreifen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man sich über jede Anregung im Beteiligungsverfahren freue.

zu Herr Kampke zum REWE-Markt in der Merseburger Straße

Herr Kampke fragte nach Lösungen, die Verkehrssicherheit am Rewe-Markt an der Merseburger Straße 399 zu verbessern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung zu.

zu Frau Hädicke zu weiterführende Schulen

Frau Hädicke sagte, dass 150 Kinder noch immer keinen Schulplatz ab August 2019 erhalten haben. Sie bat um Lösungsvorschläge.

Frau Brederlow antwortete, dass dem Stadtrat heute die Vorlage zur Kapazitätsfestsetzung für die weiterführenden Schulen vorliegt. Es ist ein fünfter Zug an der 2. IGS vorgesehen.

Frau Hädicke sagte, dass es ein generelles Problem ist, welches sich jährlich wiederholt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 55. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit, mit 47 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (82,46 %), fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.7.1

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr.73 Wohngebiet Bennstedter Straße/ Granau- Abwägungsbeschluss- VI/2019/ 04906

Vorlage: VI/2019/05271

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 7.7.2

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr.73 Wohngebiet Bennstedter Straße / Granau - Abwägungsbeschluss- VI/2019/04906

Vorlage: VI/2019/05272

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 7.8

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05038

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **von der Verwaltung im Finanzausschuss zurückgezogen**

TOP 7.22

IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05270

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Konzeptes für eine flexible Kitabetreuung für Familien mit besonderem Betreuungsbedarf (24-Stunden-Kita) in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05075

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im JHA in den UA JHPL verwiesen, in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Vorlage: VI/2018/04529

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Planungsausschuss vertagt**

TOP 8.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten Pferderennbahn

Vorlage: VI/2019/04979

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit

Vorlage: VI/2019/04986

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 9.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“

Vorlage: VI/2019/05228

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

Frau Müller informierte über folgende Dringlichkeitsvorlage und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VI/2019/05260

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
2/3 Mehrheit**

Frau Müller machte weiterhin auf folgenden Dringlichkeitsantrag aufmerksam:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBürger, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum weiteren Fortbestehen des IMPULS-Festivals für Neue Musik

Vorlage: VI/2019/05344

Herr Wolter begründete die Dringlichkeit mit der nun anstehenden Sitzungspause und den stattfindenden Gesprächen innerhalb des Kultusministeriums und der Staatskanzlei zur Thematik.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Entscheidungen bereits getroffen sind und ein neues Festivalformat erarbeitet wird, wo auch Kulturschaffende aus der Stadt beteiligt sind. Eine Dringlichkeit ist daher nicht gegeben.

Frau Müller bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
2/3 Mehrheit

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.7

Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Abwägungsbeschluss

Vorlage: VI/2019/04906

- ➔ **hierzu liegt ein neuer Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.7.3**

TOP 7.13

Baubeschluss – Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05204

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.13.1**

TOP 7.16

Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Kapazitätsgrenzen für weiterführende Schulen und Satzung zur Regelung des Auswahlverfahrens zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die 5. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschule, Gesamtschule und dem Gymnasium ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) ab dem Schuljahr 2019/20

Vorlage: VI/2019/04824

- ➔ **Änderungen auf Seite 4 und 5**
- ➔ **Ergänzung Anlage Satzung § 5 neu Satz 1 und 3**
- ➔ **Ergänzung Anlage Satzung § 6 (3d)**

TOP 8.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels

Vorlage: VI/2019/05143

- ➔ **Änderung im Beschlussvorschlag**

TOP 8.7

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof

Vorlage: VI/2019/05091

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger**
- ➔ **Behandlung unter TOP 8.7.1**

TOP 9.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05250

- hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion vor
- Behandlung unter TOP 9.1.1

TOP 9.5

Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05239

- hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor:
 - ÄÄ Herr Feigl – Behandlung unter TOP 9.5.1 – wurde übernommen
 - ÄÄ Herr Nette – Behandlung unter TOP 9.5.2
- Beschlussvorschlag geändert

Frau Winkler erklärte den TOP 9.7 und **Herr Krause** den TOP 9.3 für erledigt.

Herr Schiedung zog den Änderungsantrag unter TOP 7.13.1 und **Herr Nette** den Änderungsantrag unter TOP 9.5.2 zurück.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, sodass **Frau Müller** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.03.2019
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2019
 - 3.3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.05.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.05.2019
Vorlage: VI/2019/05324
5. Bericht des Oberbürgermeisters

- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Strukturkonzept Riebeckplatz
Vorlage: VI/2019/05227
 - 7.2. 2. Satzung zur Änderung der Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2019/05151
 - 7.3. Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Finanzen und Personal (m/w/d)
Vorlage: VI/2019/05244
 - 7.4. Verwendung der zusätzlichen Mittel aus dem Kommunalen Investitionsimpuls
Vorlage: VI/2019/05258
 - 7.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 Trotha, Solarpark Aschedeponie -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04847
 - 7.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 Trotha, Solarpark Aschedeponie -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04848
 - 7.7. Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04906
 - 7.7.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr. 73
Wohngebiet Bennstedter Straße/ Granau- Abwägungsbeschluss- VI/2019/ 04906
Vorlage: VI/2019/05271* *abgesetzt*
 - 7.7.2. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr.73
Wohngebiet Bennstedter Straße / Granau - Abwägungsbeschluss- VI/2019/04906
Vorlage: VI/2019/05272* *abgesetzt*
 - 7.7.3. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr.73
Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Abwägungsbeschluss- VI/2019/04906
Vorlage: VI/2019/05311*
 - 7.8. 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05038 *abgesetzt*
 - 7.9. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt
für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Immobilien
Vorlage: VI/2019/05165
 - 7.10. Baubeschluss – Neubau 3. Feuerwache
Vorlage: VI/2019/05148

- 7.11. Änderung des Baubeschlusses zum Abriss und Ersatzneubau der Freiwilligen Feuerwehr Dölau, Am Brunnen 6, 06120 Halle (Saale) Beschlussvorlage Nr.: VI/2017/03203
Vorlage: VI/2019/05163
- 7.12. Baubeschluss – Sanierung des Halloren- und Salinemuseums, Mansfelder Straße 52, 06108 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05150
- 7.13. Baubeschluss – Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05204
- 7.13.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Baubeschluss – Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 (Vorlagen-Nummer: VI/2019/05204)
Vorlage: VI/2019/05346
- 7.14. Baubeschluss – Neubau einer Aula mit Mehrzwecknutzung an der Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle, Standort Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05031
- 7.15. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04806
- 7.16. Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Kapazitätsgrenzen für weiterführende Schulen und Satzung zur Regelung des Auswahlverfahrens zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die 5. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschule, Gesamtschule und dem Gymnasium ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) ab dem Schuljahr 2019/20
Vorlage: VI/2019/04824
- 7.17. Aufhebung der Schulbezirke für Sekundarschulen
Vorlage: VI/2019/05046
- 7.18. Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05125
- 7.19. Neufassung der Satzung über die Wahl der Stadelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05126
- 7.20. Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05127
- 7.21. Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit
Vorlage: VI/2019/05243

- 7.22. *IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05270 vertagt
- 7.22.1. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270*
Vorlage: VI/2019/05273 vertagt
- 7.23. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/05260
8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Konzeptes für eine flexible Kitabetreuung für Familien mit besonderem Betreuungsbedarf (24-Stunden-Kita) in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05075 vertagt
- 8.2. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet*
Vorlage: VI/2018/04529 vertagt
- 8.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2019/05143
- 8.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten Pferderennbahn*
Vorlage: VI/2019/04979 vertagt
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VI/2019/04980
- 8.6. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit*
Vorlage: VI/2019/04986 vertagt
- 8.7. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05091
- 8.7.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof*
Vorlage: VI/2019/05351
- 8.8. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Nutzung von Recyclingpapier an städtischen Schulen
Vorlage: VI/2019/05100

- 8.9. Antrag der Fraktion MitBürger zur Erarbeitung einer Digitalen Agenda für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05073
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05250
- 9.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)- Vorlagen-Nr.: VI/2019/05250
Vorlage: VI/2019/05333
- 9.2. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“*
Vorlage: VI/2019/05228 *vertagt*
- 9.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle Saale zum Beschluss einer Resolution zur Umsetzung der Grundsteuerreform
Vorlage: VI/2019/05280
- 9.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung einer Konzeption zur Nutzung und Vermarktung von Gewerbebrachen
Vorlage: VI/2019/05281
- 9.5. Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05239
- 9.5.1. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) VI/2019/05239
Vorlage: VI/2019/05312
- 9.5.2. Änderungsantrag des Stadtrates Gernot Nette (AfD-Stadtratsfraktion Halle) zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - (VI/2019/05239)"
Vorlage: VI/2019/05313
- 9.6. Antrag der Fraktionen MitBürger, CDU/FDP und SPD zur Umbenennung der Straße „Am Klärwerk“
Vorlage: VI/2019/05290
- 9.7. Antrag der Fraktion MitBürger zum Beschluss des Strukturkonzeptes Riebeckplatz
Vorlage: VI/2019/05294
- 9.8. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle auf Erlass einer verbindlichen, detaillierten Handlungsanweisung zur Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips in den Wahllokalen in Halle
Vorlage: VI/2019/05293

10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu gerichtlichen Verfahren der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05183
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Durchführung der Wahl zum 9. Europäischen Parlament und der Wahl des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 26. Mai 2019
Vorlage: VI/2019/05285
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Situation in der Schlosserstraße
Vorlage: VI/2019/05286
- 10.4. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu den Folgen der Hitzewelle
Vorlage: VI/2018/04282
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Ersatzpflanzungen
Vorlage: VI/2019/05180
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle(Saale) zu Pachtverträgen zwischen der Stadt Halle (Saale) und Reit-und Rennvereinen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05276
- 10.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Sportgelände Otto-Stomps-Straße 24-27
Vorlage: VI/2019/05277
- 10.8. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anschaffung neuer Handsprechfunkgeräte des nichtpolizeilichen BOS-Digitalfunks bei den Freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: VI/2019/05278
- 10.9. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass A
Vorlage: VI/2019/05193
- 10.10. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Anzeigepflicht von Sturmschäden an Alleebäumen
Vorlage: VI/2019/05283
- 10.11. Anfrage der Fraktion MitBürger zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05212
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen der Konzeptuntersuchungen für Parkraum im Paulus- und Medizinerviertel
Vorlage: VI/2019/05287
- 10.13. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Instandsetzung, Beräumung und Reinigung sogenannter Integrationswohnungen für Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II
Vorlage: VI/2019/05211

- 10.14. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur existenzsichernden Eingliederung von EU-Ausländern in den Arbeitsmarkt
Vorlage: VI/2019/05279
- 10.15. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum Sozialleistungsbezug albanischer Staatsbürger in Halle
Vorlage: VI/2019/05288
- 10.16. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Forderung höherer Mietpreise von Interessenten im Sozialleistungsbezug
Vorlage: VI/2019/05292
- 11. Mitteilungen
- 11.1. STARK INS EIGENE LEBEN - Präventionskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05162
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Verkehrsführung im Kreuzungsbereich Hansering / Große Steinstraße zugunsten des Radverkehrs
Vorlage: VI/2019/05284
- 13.2. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Haltestellenhäuschen der HAVAG
Vorlage: VI/2019/05289
- 13.3. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung eines Fußgängerüberweges im Bereich Hallorenring
Vorlage: VI/2019/05291
- 13.4. Anregung der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) und des Stadtrates Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD-Fraktion) zur Kennzeichnung von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen
Vorlage: VI/2019/05304
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.03.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 27.03.2019.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.04.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 24.04.2019.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 29.05.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 29.05.2019.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.05.2019
Vorlage: VI/2019/05324**

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 29.05.2019 vor dem Sitzungssaal öffentlich ausgehängt und somit bekanntgegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

- Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Stadträte. Ich darf beginnen: 58.000 Besucher feiern die Händel-Festspiele. Die Zahl, die wir im letzten Jahr auch erreicht haben. Wiederrum auch erzielt in der Zeit vom 31. Mai bis zum 16. Juni. Das sind 3 Wochenenden. Es gab insgesamt 111 Veranstaltungen. 28 Veranstaltungen waren kostenfrei. Es gibt den „Händel im Herbst“, wie üblich, in der Zeit vom 28. November bis 01. Dezember. Der Vorverkauf dazu hat begonnen.

Wir haben ein neues Format entwickelt, ich hatte darüber berichtet. Hier das Ergebnis: „Am Händel nach 8“, ebenfalls in einer Zeit vom 3. bis 9. Juni. Es ist die Premiere, 3.250 Besucher an sechs Abenden. Ein erfolgreiches Konzept mit Musik, Tanz, gehobener Gastronomie und freiem Eintritt.

Wir haben eine neue Anlage, Anlagen, im Bergzoo eröffnet. Es ist umgesetzt worden, eine begehbare Löffelhund-Anlage, die insgesamt 130.000 Euro gekostet hat. Aus eigenen Mitteln hat der Zoo dieses auch investiert. 650.000 Euro, unter anderem für Umbau des Spielplatzes „Tierbegegnungszentrum“ und der Nandu-Anlage. Wir sind sehr stolz, dass die Entwicklung des Zoos weitergeht. Ich möchte mich hier bei allen Aufsichtsratsmitgliedern nochmal recht herzlich bedanken.

Deutschlands „Jugend musiziert“ in Halle: Dazu auch die Frage. Wir haben sehr viele Rückmeldungen von dem Veranstalter selbst bekommen, als wir in den Veranstaltungen gewesen sind. Die Stadt Halle hat großes Lob bekommen für die Gastfreundlichkeit und natürlich auch für das zur Verfügung stellen der Kapazitäten, der Hotelkapazitäten. Wir hatten, Herr Auer hat es deutlich gemacht: „Eine so große Unterstützung wie wir in diesem Jahr von der Stadt Halle bekommen und dem Land Sachsen-Anhalt bekommen haben, das war sehr außergewöhnlich.“

Stark III – der Bericht zur Dürer-Schule: Sie kann saniert werden. Investitionsprogramm „Bildung 2022“ wird weiter umgesetzt. Die Förderung 2,24 Millionen Euro für die energetische Sanierung. 320.000 Euro sind vom Land gekommen für die allgemeine Sanierung und darin enthalten sind ein neuer Haupteingang mit Foyer, mit Aufzug, Erneuerung der Innentüren, Böden und Wandflächen.

Dann haben wir bei KSB erweitert. Die Werkserweiterung eines der größten Innenstadtinvestitionen, die wir in der Stadt Halle in den letzten Jahren hatten. Insgesamt 9,5 Millionen Euro sind erweitert wurden für eine neue Produktionshalle und Logistik. Es ist ein klares Bekenntnis, auch hier zum Standort. Das wurde auch von den Mitarbeitern so aufgenommen. Mit 520 Mitarbeitern ist es das größte produzierende Unternehmen in der Stadt Halle.

Star Park II: Hier der Hinweis, wir hatten dann nach der Berichterstattung des erweiterten, der weiteren Machbarkeitsstudie, die uns vorgelegen hat, diese Pläne jetzt vorbereitet. Wir legen sie dem Stadtrat vor. Es gibt Risiken im Bereich Umwelt und Erschließung. Zudem sind die Eigenmittel momentan nicht ausreichend vorhanden und der Finanzausschuss hatte hier, das war die Grundlage der Untersuchung der Stadtverwaltung, einstimmig beschlossen, die Standortfaktoren in Halle-Tornau von der Verwaltung untersuchen zu lassen. Diesen Auftrag haben wir soweit durchgeführt, würden ihn im Bericht vorlegen zur weiteren Beratung.

Die A143: Für uns die Nachricht dann am 12. Juni. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich für den Weiterbau entschieden. Die Trasse im Westen wird die Stadt spürbar erleichtern. Die verkehrsrechtlichen Untersuchungen gehen davon aus, dass eine Entlastung von 10-15 % in der Stadt eintreten wird, dass wir dieses spürbar auch merken. Und das bedeutet natürlich für uns, dass wir auch in der Verkehrsplanung uns weiter neu aufstellen, dieses auch einarbeiten in die zukünftigen Verkehrskonzeptionen der Stadt.

Dann haben wir das erste Puppentheaterfest an der Konzerthalle durchgeführt. Freie Puppenspieler, Figurenspieler haben zum ersten Puppentheaterfest eingeladen in den Innenhof der Konzerthalle. Ebenfalls ein großer Erfolg.

„Halle singt“ auf den Rathaus-Stufen: 14 Chöre haben gesungen. Ebenfalls als Veranstaltung, kostenfreie Veranstaltung bei den Händel-Festspielen. Die Chöre aus der Stadt, Salzmünde, Lieskau, Ermlitz waren mit dabei und das Blechbläserquintett „Pfeiferstuhl Music Halle“ ebenfalls.

Meine Damen und Herren, in Kröllwitz gab es eine Zukunftswerkstatt. Die hat im Unihörsaal zum dritten Mal bereits stattgefunden. Wir haben dort sehr ausführlich die B-Pläne Sandbirkenweg besprochen und haben auch auf das Verkehrskonzept, was erbeten wurde, Bezug genommen und haben die neuen Pläne für Kröllwitz vorgestellt.

Dann das Silbersalz-Festival: Ein Wissenschafts-/Filmfestival hier in der Stadt Halle, zum zweiten Mal von der Bosch-Stiftung dann initiiert. Dort ein Ansatz: Über 500.000 Euro werden zur Verfügung gestellt. Unter anderem geht es letztendlich darum, Wissenschaft

erlebbar für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auch zu machen. Das gelingt zunehmend mehr. Die Veranstaltungen gewinnen an Wert. Allein 10.000 Gäste bei der 7-Meter-Mond-Installation auf der Ziegelwiese, eine Aktion gemeinsam mit dem Stadtmarketing. Auch hier ein großer Erfolg in den Abendstunden für dieses Event.

Ja, dann zu dem Thema Fridays For Future: Auch die Anfrage vorhin in der Einwohnerfragestunde. Wir haben insgesamt mittlerweile vier Begegnungen gehabt, um die Forderungen auch entgegen zu nehmen. Ich hatte es bereits deutlich gemacht. Es gab einen Dialog in der Goldenen Rose am 24. Mai und Vertreter von Fridays For Future arbeiten in der Lenkungsgruppe und Steuerungsgruppe Klimaschutz mit, in dem sehr viele Konzernmitglieder auch eingesetzt sind, dabei sind. Ziel ist es, das neue Klimaschutzkonzept dann auch zu erarbeiten. Ich freue mich, dass es Sie alle freut, dass ein solcher Prozess dann eingeleitet wurde. Wir übernehmen die Forderungen von Fridays For Future und werden damit dann weiter arbeiten.

Die Forderungen, die dort im Einzelnen nochmal dargestellt worden sind, entnehmen Sie aus dem Forderungspapier. Wir haben das hier nochmal runtergebrochen auf die einzelnen Bereiche. Und da sieht man eben sehr genau, dass wir sehr weit in der Stadt Halle auch vorangeschritten sind, gerade was den Bereich Klimaschutz auch anbelangt. Kostenloser Nahverkehr beschäftigt uns bereits hier im Stadtrat: Bikesharing, zusammenhängendes Fahrradnetzwerk, Fahrradschnellstraßen, Tempo 30 in der Innenstadt, Innenstadt zeitnah von Autos befreien, keinen Kohle- und Atomstrom mehr dazu kaufen, öffentliche Einrichtungen mit Ökostrom versorgen und Installation von Solarzellen.

Viele dieser Punkte werden von den Stadtwerken bereits auch umgesetzt, sodass wir uns hier mit vielen weiteren Forderungen, die Sie dort auf der Seite finden, bereits in der Abarbeitung auch befinden.

An dem Beispiel möchte ich es noch einmal deutlich machen und zeigen, dass die Stadt Halle schon in diesem Jahr die Forderung für 2020 auch erfüllt hat. Diese Folie stammt aus der Präsentation, die am gestrigen Tag, einige Medienvertreter sind ja auch hier, gestern bei den Stadtwerken in der Bilanzpressekonferenz auch gehalten worden. Der Ökostrom-anteil ist der entscheidende Anteil mit Windkraft, Solaranlagen, Biomasse und Wasserkraft, auch erzeugt. Und wenn man den, auf der rechten Seite dann auch erkennbar, wenn man bundesweit guckt, dann sieht man, dass im ersten Halbjahr 2019 44% des Stromverbrauchs Ökostrom bereits ist. Und wenn man sieht, was die EVH bereits 2018 vorgelegt hat, bei 55,2 %, dann sieht man, dass der Ökostrom in der Stadt Halle schon wesentlich über dem Durchschnitt liegt, der bundesweit momentan erzielt wird. Und auch diese Werte schon daran reichen, was in den nächsten 10 Jahren bundesweit erzielt werden soll, sodass die Stadt durchaus auch als Vorreiter im Ökostromverbrauch dann auch zugerechnet werden kann. Diese eindrucksvollen Zahlen belegen sehr intensiv, dass sich die Stadtwerke seit Jahren darauf vorbereiten und hier den Ökostrom einspeisen und auch einliefern. Und deshalb gilt mein Dank, nicht nur im Hinblick auf die Bilanzen, sondern auch hier im Hinblick auf die Erweiterungen, auf den Ökostrom gilt auch hier ganz besonders den Stadtwerken, die seit vielen Jahren sich auf diesen Weg bereits begeben haben.

Meine Damen und Herren, auch hier sind, deshalb habe ich auch diese Folie nochmal mit aufgenommen aus der gestrigen Pressekonferenz. Es gibt momentan aktuell Meldungen, dass einige Kommunen die Trinkwasserversorgung nicht sicherstellen können. Meine Damen und Herren, das ist für die Stadt Halle bei weitem nicht. Das heißt, wir haben auch, wenn wir jederzeit, auch in den nächsten Jahren ohne weiteren Regen auskommen würden, hätten wir hinlänglich Reserven in bester TOP-Qualität, sodass also die Trinkwasserversorgung in der Stadt Halle dann zu keinem Zeitpunkt, auch bei den stärksten Sonneneinstrahlungen, stärksten Sonnentagen, in keiner Weise gefährdet ist. Insoweit sind die Meldungen, die momentan aktuell durch die Medien gehen, für die Stadt Halle nicht

zutreffend. Also, die Trinkwasserversorgung ist auch bei größter Hitze in der Stadt Halle gesichert.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen der HAVAG, auch darauf würde ich nochmal Bezug nehmen. Sie sehen, in Millionen Fahrgästen pro Jahr die einzelnen Entwicklungen. Wir sind und haben sehr hoch angefangen mit 61,2 Millionen Euro und Sie sehen, seit 2014, 2013 steigen die Fahrgastzahlen wieder. Es geht im Wesentlichen darum, diese Zahlen weiter auch zu steigern mit vielen Maßnahmen und vielen Aktionen, über die wir dann natürlich hier im Stadtrat dann sprechen. Und ich wollte Ihnen einfach mal diese spannende Kurve zeigen, dass wir im Jahr 2000 in etwa einen Höchststand hatten, dass dann die Kurve abfallend ist und dass wir uns in den letzten Jahren wieder stabilisiert haben und die Fahrgastzahlen wieder zugenommen haben.

Ja, Trendwende bei der Mobilität, der Umweltverbund als Alternative zum Autoverkehr. Dazu gehören öffentliche Verkehrsmittel, die zu betrachten sind: Bahn, Bus, Taxis, Carsharing, Mitfahrzentralen und alle nichtmotorisierten Verkehrsträger (Fußgänger, öffentliche und private Fahrräder). Die Diskussionen, die wir momentan vorbildlich führen, auch im Rahmen der Stadtwerke beim Stadtumbauprogramm, wenn Sie den Gimritzer Weg sich ansehen, werden dort vorbildlich alle Verkehrsträger nebeneinander dann auch dargestellt, sodass das, aufgrund der Breite der Straße letztendlich vorbildlich ist. Vieles kann man in der Innenstadt nicht realisieren, die engen Straßen machen und geben das nicht her, trotzdem sind wir bemüht, gemeinsam dann mit Ihnen auch einen entsprechenden Mix zu finden, wie wir es eben auch beim Juliot-Curie-Platz versuchen. Wir danken den Hinweisen, die wir bekommen haben zum Verkehr. Auch hier gibt es einige Optimierungen, die wir vornehmen können. Wir sind dabei, das momentan auszuwerten. Wir kommen nachher nochmal bei den Anmerkungen darauf zu sprechen, sodass wir auch hier da einen Mix entsprechend Autoverkehr, Fußgänger und Radverkehr auch herbeiführen werden.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

- Ende Wortprotokoll -

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Frau Dr. Brock sagte, dass nicht alles so wunderbar ist, wie es die Verwaltung darstellt. Bei der Herausforderung des Klimawandels muss auch klar deutlich gemacht werden, wo Handlungsbedarf besteht. Betreffs des Ökostroms wäre eine Kommunen-Länder-Gegenüberstellung besser gewesen als Halle mit dem Bundesdurchschnitt zu vergleichen. Sie wünsche sich für die kommende Wahlperiode, dass die Berichte früher zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schied bezeichnete die Darstellung als Augenwischerei. Seit zwei Jahren setzt er sich für eine Geschwindigkeitsregulierung in der Bernburger Straße ein und nun soll alles umgesetzt werden und die Innenstadt zur Tempo-30-Zone werden. Ebenso die Forderungen von Fridays For Future. Das Klimaschutzkonzept hätte dem Rat schon Anfang des Jahres vorliegen müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Themen abgearbeitet werden und man sich über die große Beteiligung freue.

Herr Dr. Meerheim sagte zum Gewerbegebiet Tornau, dass die Machbarkeitsstudie hätte bereits im November vorliegen müssen.

Bisweilen ist nichts geschehen. Darüber hinaus trifft der Rat die Entscheidung zum Gewerbegebiet und nicht der Oberbürgermeister allein.

Frau Ernst sagte, dass im November 2018 eine Zukunftswerkstatt in der Frohen Zukunft stattgefunden hat und die zahlreichen Anregungen der Anwohner aufgenommen und in den letzten Monaten geprüft wurden. Darüber wurde der Rat, auch auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim, unterrichtet.

Herr Dr. Meerheim kritisierte, dass sich der Oberbürgermeister in den letzten fünf Jahren immer wieder nicht an Beschlüsse des Stadtrates gehalten hat.

Frau Ernst sagte, dass im Bericht des Oberbürgermeisters klar dargestellt wurde, dass dem Rat die Empfehlung zur Einstellung der Planungen zum Star Park II im September zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Scholtyssek fragte, warum die Verwaltung jetzt kommuniziert, dass die Planungen zum Star Park II eingestellt werden, obwohl der Rat selber die Ergebnisse der Untersuchung und die Planungen noch gar nicht kennt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beantragte Wortprotokoll zum Bericht. Er sagte, klar dargestellt zu haben, dass hierüber der Stadtrat entscheidet.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Bericht des Oberbürgermeisters nicht nur aus dem gesprochenen Wort besteht, sondern auch aus seiner Präsentation.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Strukturkonzept Riebeckplatz** **Vorlage: VI/2019/05227**

Herr Feigl sagte, dass die vorliegende Beschlussvorlage auf einer zügigen, konstruktiven und konzentrierten Arbeit beruht und ein gutes Ergebnis vorliegt. Alle Fraktionen haben dem vorliegenden Strukturkonzept innerhalb der Arbeitsgruppe einstimmig zugestimmt. Das Strukturkonzept Riebeckplatz soll allen interessierten Investoren einen sicheren Rahmen aufzeigen.

Frau Winkler sagte, dass es sich bei dem Wettbewerb, der sich im letzten Beschluss und in den Notarverträgen befindet, um ein RPW 2013 Architekturwettbewerb handelt und nicht, wie der Investor im Begleitgremien angedeutet hat, um einen schlichten Fassadenwettbewerb.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es für Halle (Saale) eine Sensation ist, dass dieser Platz wieder belebt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das Strukturkonzept als ergänzendes Arbeitspapier zum Leitbild Riebeckplatz.

- zu 7.2 2. Satzung zur Änderung der Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2019/05151**
-

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis.

- zu 7.3 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Finanzen und Personal (m/w/d)
Vorlage: VI/2019/05244**
-

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Finanzen und Personal (m/w/d) wird auf den 30.10.2019 festgelegt.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellenausschreibung öffentlich bekannt zu machen.

- zu 7.4 Verwendung der zusätzlichen Mittel aus dem Kommunalen Investitionsimpuls
Vorlage: VI/2019/05258**
-

Frau Dr. Brock sagte, dass die Darstellung zur Verwendung der zusätzlichen Mittel der Investitionspauschale im Jahr 2019 für die vorgeschlagene Deckung erfolgt ist. Eine Abstimmung ist daher obsolet. Sie appellierte an die Verwaltung, die Berichterstattung künftig fortzuführen.

Herr Geier schloss sich den Ausführungen an.

Herr Scholtyssek sagte, dass die Thematik im Finanzausschuss kontrovers diskutiert wurde. Zum damals gestellten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN argumentierte der Kämmerer, dass es keine zusätzlichen Mittel geben wird und nur die zur Verfügung stehenden zusätzlichen Mittel zur Verringerung der Schuldenlast eingesetzt werden. So zeigt es auch die vorliegende Beschlussvorlage auf. Frau Dr. Brock hatte aber im Finanzausschuss vehement dagegen argumentiert und man wollte andere zusätzliche Aufgaben damit finanzieren. Insofern habe man das eigentlich Angestrebte nicht erreicht und kann es nicht als Erfolg werten. Der Vorschlag der Verwaltung ist aber vernünftig und daher wird die CDU/FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die zusätzlichen Mittel der Investitionspauschale im Jahr 2019 gemäß dem vorgesehenen Kommunalen Investitionsimpuls für die Deckung von Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm „Bildung 2022“ bzw. zur Reduzierung der geplanten Investitionskreditaufnahme im Haushaltsjahr 2019 zu verwenden.

**zu 7.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 Trotha, Solarpark
Aschedeponie - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04847**

Herr Raue sagte, dass mit der Vorlage aus seiner Sicht eine langfristige Erhöhung der Strompreise angestrebt wird. Dies unterstützt die AfD-Fraktion nicht und wird daher der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Feigl sagte, dass die EVH hier die Auflegung eines Bürgermodells plant, d.h. dass sich die Bürger finanziell an der Anlage beteiligen können und entsprechend Renditen erzielen. Dies ist ein guter Beitrag zur Stärkung der Stadtgesellschaft.

Herr Raue sagte, dass man grundsätzlich eine vertiefte Forschung in Speicherkapazitäten fordert. Die Erhöhung von Wind- und Solarkraftwerken ist aus seiner Sicht nicht zielführend.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178 „Trotha, Solarpark Aschedeponie“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 7.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 Trotha, Solarpark
Aschedeponie - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04848**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178 „Trotha, Solarpark Aschedeponie“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Teil C), gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 20.03.2019 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 20.03.2019 wird gebilligt.

**zu 7.7 Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04906**

**zu 7.7.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan
Nr.73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Abwägungsbeschluss-
VI/2019/04906
Vorlage: VI/2019/05311**

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass das Ansinnen des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE dem Klimaschutzkonzept entspricht. Auch wenn im Bericht des Oberbürgermeisters dargestellt wurde, dass die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes wichtig ist, so muss es dann auch für alle verbindlich sein.

Herr Rebenstorf sagte, dass auf freiwilliger Basis jeder Hausbesitzer darüber entscheiden kann, ob er eine Dach- und Fassadenbegrünung vornehmen möchte. Es ist grundsätzlich nicht möglich, eine solche Verpflichtung festzuschreiben.

Herr Schachtschneider sagte, dass sich die mikroklimatischen Standortbedingungen bereits mit der jetzigen Planung durchaus verbessern werden, da eine bisher große versiegelte Fläche aufgebrochen wird. Das Ansinnen der Fraktion DIE LINKE wirkt für private Hausbauer eher abschreckend. Darüber hinaus sind Flachdächer nicht ortstypisch für Nietleben.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass auf freiwilliger Basis keine Verbesserung des Klimaschutzes erzielt werden kann.

Herr Feigl sagte, dass bereits jede kleinste Maßnahme hilfreich ist, um das Klima in dieser Stadt zu verändern. Hier muss ein Umdenken eingeleitet werden.

Herr Dr. Meerheim fragte, warum hier nicht Privatpersonen dazu verpflichtet werden können, im und um das Haus herum Begrünung vorzunehmen. Beim Strukturkonzept

Riebeckplatz verpflichtet man in gleicher Weise Investoren dazu, im und um die Häuser eine Begrünung vorzunehmen.

Herr Schreyer antwortete, dass das Baugesetzbuch des Landes Sachsen-Anhalt zwingend vorgibt, dass sämtliche Festsetzungen in einem Bebauungsplan städtebaulich erforderlich sein müssen. Dieser Nachweis muss für jede verbindliche Festsetzung in einem Bebauungsplan erbracht werden und das ist derzeit aufgrund der Gesetzeslage auf die gewünschten Festsetzungen noch nicht möglich.

Herr Lange sagte, dass die Verwaltung durchaus mit den Investoren über die Entwicklung solcher klimabewussten Quartiere ins Gespräch gehen könnte. Solange solche Bemühungen nicht erfolgen, so lange werden die Ideen und Vorstellungen von einer grünen Stadt nicht umgesetzt werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man so eine Auslegung deutlich machen kann, solange die gesetzlichen Bedingungen es hergeben. Aber das ist aktuell nicht gegeben.

Herr Rebenstorf sagte, dass mit dem Investor vereinbart wurde, dass bei den Flachdächern eine Begrünung erfolgen wird. Bei den Satteldächern ist dies aber nicht möglich. Die Einfamiliensiedlung wird weit mehr begrünt sein als eine dichtbebaute Innenstadt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**zu 7.7.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Bebauungsplan Nr.73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Abwägungsbeschluss-VI/2019/04906
Vorlage: VI/2019/05311**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

23 Ja Stimmen
26 Nein Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Abwägung I-33.2 des DLZ Klimaschutz (S.35) in der dritten Spalte wird wie folgt geändert:
„Wird berücksichtigt: Zur nachhaltigen Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und damit zur Verbesserung der mikroklimatischen Standortbedingungen sind Dach- und Fassadenbegrünung sinnvoll. Sie tragen zu einer gedrosselten Regenwassereinleitung bei und reduzieren sommerliche Überhitzungserscheinungen, was besonders älteren Bewohnenden gesundheitlich zu Gute kommt. Die positive mikroklimatische Wirkung kann somit zumindest teilweise erhalten werden. Eine entsprechende Festsetzung zur Bepflanzung von Teilen baulicher Anlagen ergibt sich aus § 9 (1) 25 BauGB.“
2. Im Bebauungsplan Nr. 73 „Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau“ werden Festsetzungen getroffen, die für Teile von baulichen Anlagen eine verbindliche Dach- und Fassadenbegrünung vorschreiben. Die Begründung wird entsprechend überarbeitet.

3. Der Bebauungsplan mit Begründung wird dem Stadtrat erneut zum Beschluss vorgelegt.

**zu 7.7 Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04906**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 73 „Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 7.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im
Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Immobilien
Vorlage: VI/2019/05165**

Herr Raue sagte, dass das Mehrgenerationshaus Pusteblume von der AWO SPI betrieben wird und diese keine derart demokratische Organisation ist, wie es der restliche Rat empfindet. Die AWO SPI beteiligt sich an Demonstrationen mit klar ausgrenzendem, stigmatisierendem Charakter. Er verwehrt sich dagegen, dass das Mehrgenerationshaus Pusteblume Gelder in Höhe von 559.400 Euro erhält.

Frau Müller sagte, dass krude Unterstellungen nicht geduldet werden.

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM der Beschlussvorlage vorbehaltlos zustimmen wird. Das Mehrgenerationshaus Pusteblume als soziokulturelles Haus arbeitet im Quartier effektiv und zustimmungswürdig. Sie sagte, dass es im Bestandsgebäude Baumängel gibt (Durchfeuchtung im Kellergeschoss). Dieser Mangel könnte wohl mit einem Kostenaufwand in Höhe von 300.000 Euro behoben werden und dann könnten die Kellerräume als Aufenthaltsräume genutzt werden. Sie fragte, ob im Rahmen des jetzigen geplanten Bauverfahrens untersucht wurde, ob die Mängel im Bestandsgebäude beseitigt werden können und sollte dies nicht so sein, wann die Durchfeuchtung im Kellergeschoss behoben wird.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Feuchtigkeitsschäden im Keller vor einem Jahr untersucht wurden. Die Ergebnisse können gern detailliert schriftlich nachgereicht werden. Es geht jetzt um eine 90%-Förderung der räumlichen Erweiterung von Pusteblume und Stadtbibliothek.

Herr Schachtschneider sagte, dass es notwendig und gut ist, dass es nun eine räumliche Erweiterung geben wird.

Frau Dr. Brock machte die Intention der Beschlussvorlage deutlich. Es gehe lediglich um eine Verpflichtungsermächtigung und nicht um ein Konzept, Raumnutzung oder ähnliches.

Herr Eigendorf sagte, dass die Äußerungen von Herrn Raue beschämend sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO SPI engagieren sich für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Fraktion stimmt mit Überzeugung der Vorlage zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108098.700 Mehrgenerationenhaus Pustebume – soziale Integration (HHPL Seiten 516, 1243)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 559.400 Euro.

Die Deckung erfolgt aus folgender Verpflichtungsermächtigung:

PSP-Element 8.42101018.700 HW 65b Wiederherstellung Eissport (HHPL Seiten 836, 1235, 1269)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 559.400 Euro.

Zu 7.10 Baubeschluss – Neubau 3. Feuerwache
Vorlage: VI/2019/05148

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Neubau der 3. Feuerwache (Halle-Büschdorf) in 06116 Halle (Saale) OT Büschdorf auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt den Neubau der 3. Feuerwache (Halle-Büschdorf) in 06116 Halle (Saale) OT Büschdorf unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung (Zuwendungsrichtlinie Brandschutz – ZuwRL BrSch) RdErl. des MI vom 1.12.2017 – 24.2-04011.
3. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung unter dem Vorbehalt eines positiven Bescheides zum Fördermittelantrag für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.12601011.700, Neubau Dritte Wache (HHPL Seite 245, 1266)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.354.500 Euro.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.42101018.700, HW 65b Wiederherstellung Eissport (HHPL Seite 836, 1269) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.354.500 Euro.

**zu 7.11 Änderung des Baubeschlusses zum Abriss und Ersatzneubau der Freiwilligen Feuerwehr Dölau, Am Brunnen 6, 06120 Halle (Saale)
Beschlussvorlage Nr.: VI/2017/03203
Vorlage: VI/2019/05163**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses, Vorlagen-Nr.: VI/2017/03203, hinsichtlich der Erhöhung des Gesamtkostenumfanges auf 2.540.000 EUR.
2. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.12602010.700, FFW Dölau – Feuerwehrhaus (HHPL Seite 249)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 350.000 Euro

Die Deckung der Auszahlung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.12601001.710 , Brandschutz Berufsfeuerwehr (HHPL Seite 243)

Finanzpositionsgruppe 783* Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 350.000 Euro

**zu 7.12 Baubeschluss – Sanierung des Halloren- und Salinemuseums, Mansfelder Straße 52, 06108 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05150**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt,

1. die Sanierung des Halloren- und Salinemuseums, Mansfelder Straße 52, 06108 Halle (Saale) mit einem Gesamtvolumen von 15.700.000 Euro in folgenden Jahresscheiben:

2019:	2.106.300 Euro
2020:	4.016.500 Euro
2021:	7.330.700 Euro
2022:	2.246.500 Euro

2. die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108115.700, Sanierung Salinemuseum
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 2.106.300 Euro, davon 664.900 Euro aus übertragenen Haushaltsermächtigungen.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.51108115.705, Sanierung Salinemuseum
Finanzpositionsgruppe 681* Zuweisungen vom Land in Höhe von 617.600 Euro

PSP-Element 8.51108046.700, Saalhornmagazin (HHPL Seite 453)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 589.900 Euro, davon 276.300 Euro aus übertragenen Haushaltsermächtigungen

PSP-Element 8.51108047.700, Großsiedehalle (HHPL Seite 454)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 674.100 Euro, davon 297.400 Euro aus übertragenen Haushaltsermächtigungen

PSP-Element 8.51108048.700, Siedehaus (HHPL Seite 455)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 224.700 Euro, davon 91.200 Euro aus übertragenen Haushaltsermächtigungen

3. die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108115.700, Sanierung Salinemuseum
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 13.593.700 Euro

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 8.51108046.700, Saalhornmagazin (HHPL Seite 453, 1270)
Finanzpositionsgruppe 785 * Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3.888.300 Euro

PSP-Element 8.51108047.700, Großsiedehalle (HHPL Seite 454, 1270)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 5.186.400 Euro

PSP-Element 8.51108048.700, Siedehaus (HHPL Seite 455, 1270)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.655.900 Euro sowie

PSP-Element 8.42101018.700, HW 65b Wiederherstellung Eissport (HHPL Seite 836, 1269)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 2.863.100 Euro

4. der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Betreuung des Technischen Halloren- und Salinemuseums und des Technikums zum 01.01.2021 auszuschreiben.

Der Mehraufwand der Betreuung nach Sanierung wird im Budget des Geschäftsbereiches III und in Abwägung mit den Prioritätensetzungen des gesamtstädtischen Haushaltes dargestellt und gedeckt

**zu 7.13 Baubeschluss – Errichtung eines Interimsschulobjekts als Ausweichstandort für die Sekundarschule „Johann Christian Reil“ auf dem Gelände der BbS V, in der Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05204**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Erschließung des Grundstückes Rainstraße 19 in 06114 Halle (Saale) und die Errichtung eines modularen Schulgebäudes für bis zu 10 Klassen auf dem Grundstück.
2. die Anmietung des modularen Schulgebäudes mit Kaufoption.
3. die Vorlage einer Vorzugsvariante an den Stadtrat zur Kaufentscheidung nach Prüfung und Bewertung der Ausschreibungsergebnisse.

**zu 7.14 Baubeschluss – Neubau einer Aula mit Mehrzwecknutzung an der Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle, Standort Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05031**

Herr Lange sagte, dass der Bau der neuen Aula allein der Hartnäckigkeit des Stadtrates zu verdanken ist. Bereits vor zwei Jahren wurde der Beschluss dazu getroffen. Er kritisierte die Umsetzung des Beschlusses durch die Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es hier um eine Einzelmaßnahme ging. Die Abwägung des Einzelfalls ist wichtig. Dieser Verantwortung ist die Verwaltung gerecht geworden.

Frau Ranft fragte, ob durch das leichte, dünne Dach die Wärmedämmung garantiert werden kann.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange sagte, dass der Rat von Beginn an den Bau einer Aula angestrebt hat, um auch ein Veranstaltungsgebäude im Quartier zu erhalten. Leider sei alles zwei Jahre zu spät.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Neubau einer Aula am Standort der Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle in der Ingolstädter Straße 33, 06128 Halle (Saale).

**zu 7.15 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04806**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Fünfte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

**zu 7.16 Aufhebung der bestehenden Festlegungen von Kapazitätsgrenzen für weiterführende Schulen und Satzung zur Regelung des Auswahlverfahrens zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die 5. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschule, Gesamtschule und dem Gymnasium ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) ab dem Schuljahr 2019/20
Vorlage: VI/2019/04824**

Herr Dr. Meerheim sagte, dass der Schulleiter der IGS Halle nicht über die bevorstehende Zügigkeit seiner Schule informiert ist.

Frau Brederlow antwortete, dass die Anzahl der Klassenwiederholer noch nicht feststeht. Wenn diese Zahl vorliegt, kann die Verwaltung den Schulen mitteilen, wie viele Unterrichtsklassen eingerichtet werden können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. die in den Beschlüssen vom 24.02.2010 (Vorlagen-Nr. V/2009/08549), vom 29.01.2014 (Vorlagen-Nr. V/2013/11910), vom 17.12.2014 (Vorlagen-Nr. V/2014/12788), vom 24.02.2016 (Vorlagen-Nr. VI/2015/01231), vom 26.10.2016 (Vorlagen-Nr. VI/2016/02130), vom 25.10.2017 (Vorlagen-Nr. VI/2017/03411) festgelegten Kapazitätsgrenzen für weiterführende allgemeinbildende Schulen ab dem Schuljahr 2019/2020 aufzuheben sowie

2. die Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) – Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage.

**zu 7.17 Aufhebung der Schulbezirke für Sekundarschulen
Vorlage: VI/2019/05046**

Herr Schiedung sagte, dass die SPD-Fraktion die Übernahme des ursprünglichen SPD-Antrages zur Aufhebung der Schulbezirke an Sekundarschulen durch die Verwaltung begrüßt. Die Einzugsbereiche für Sekundarschulen machen langfristig keinen Sinn. Wenn die Kapazitäten auskömmlich sind, dann ist das das richtige Verfahren und die Vorlage folgerichtig.

Herr Schachtschneider widersprach seinem Vorredner und bezeichnete die Vorlage als nicht gut. Die Contra-Argumente überwiegen deutlich die Pro-Argumente zur Aufhebung der Schulbezirke. Es bestehe keine Not, das jetzt zu beschließen. Der neu gewählte Stadtrat könnte sich durchaus mit der Thematik befassen. Die CDU/FDP-Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

20 Ja Stimmen
19 Nein Stimmen
6 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung der Schulbezirke für Sekundarschulen zum Schuljahr 2023/24.

Zur Umsetzung der Aufhebung werden dem Stadtrat bis spätestens September 2022 Beschlussvorlagen vorgelegt

- a) zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale)
- b) zur Schulbezirkssatzung
- c) zur Änderung der Aufnahmesatzung.

**zu 7.18 Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen
der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05125**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) – gemäß der Anlage 1.

zu 7.19 Neufassung der Satzung über die Wahl der Stadelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05126

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Wahl der Stadelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) – gemäß der Anlage 1.

Herr Raue gab eine persönliche Erklärung ab. Er sagte, dass sich die AfD-Fraktion bei der Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 7.18, 7.19 und 7.20 enthalten hat.

zu 7.20 Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05127

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale) – gemäß Anlage 1.

zu 7.21 Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit
Vorlage: VI/2019/05243

Herr Helmich begrüßte die Vorlage. Eine Vollzeitstelle für die Vielzahl an Zielgruppen und die unterschiedlichen Grundlagen erscheint überschaubar.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Absichtserklärung,

- Gesundheitsförderung und Prävention in der kommunalen Strukturentwicklung zu verankern,
- die Entwicklung von ressort- und trägerübergreifenden Steuerungsstrukturen zu forcieren und damit zur Verbesserung von gesundheitlicher Chancengleichheit

durch die bedarfsbezogene Planung und Umsetzung von gesundheitsförderlichen Angeboten für vulnerable Zielgruppen in der Kommune beizutragen,

- Ressourcen der Kommune für diesen Zweck einzusetzen und
- die geschaffenen Strukturen nach Ende des Förderzeitraums aufrechtzuerhalten.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des Gesetzlichen Krankenversicherungs-Bündnisses (GKV) für Gesundheit zum Aufbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen vorzubereiten (Letter of Intent, Antragsstellung).

zu 7.23 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen **Vorlage: VI/2019/05260**

Herr Feigl sagte, dass ihm zum besseren Verständnis in der Begründung Erläuterungen zu den Leistungen des Sponsoringgebers fehlen. Es wäre schön, wenn das zukünftig dargestellt werden könnte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Sachspende von Frau Anja Krisch, Kohlschütterstr. 2, 06114 Halle (Saale) in Form von Konvoluten aus Firmenakten der haleschen Firma Hensel & Haenert, 1896-1950 in Höhe von 1.500,00 Euro – für das Stadtarchiv Halle (PSP-Element 1.25102 – Stadtarchiv)
2. Geldspende der Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft e.G., Telemannstraße 1, 06124 Halle (Saale) in Höhe von 5.000 Euro – für die Durchführung des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ (PSP-Element 1.28102.07 – Theater, Musik, Literatur)
3. Geldspende der Firma Rahn Education, Dr. P. Rahn & Partner, Gemeinnützige Schulgesellschaft mbH, Salomonstr. 10, 04103 Leipzig in Höhe von 20.000 Euro zur Durchführung des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ (PSP-Element 1.28102.07 – Theater, Musik, Literatur)
4. Geldspende von der Saalesparkasse, PS-Lotteriesparen, Rathausstr. 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 2.000 Euro für die Integrative Kita „Däumelinchen“. (PSP-Element 1.36501 – Betrieb von Kindertagesstätten)
5. Sponsoringvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale), Geschäftsbereich Kultur und Sport und der Globus Handelshof St. Wendel GmbH & Co. KG Betriebsstätte Halle-Bruckdorf, Leipziger Chaussee 147, 06112 Halle (Saale) in Höhe von 5.000 Euro zzgl. 19 % MwSt. zur Durchführung des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ im Juni 2019. (PSP-Element 1.28102.07 – Theater, Musik, Literatur)

6. Sachspende vom Förderverein der Grundschule Karl Friedrich Friesen e.V., Friesenstraße 33, 06112 Halle (Saale) in Höhe von 8.769,71 Euro für den Aufbau einer Tampenschaukel auf dem Schulhof der GS Karl Friedrich Friesen. (PSP-Element 1.21101.05 – Grundschule Karl Friedrich Friesen)
7. Sponsoringverträge für die Ausgestaltung des Laternenfestes 2019 über einen Gesamtbetrag in Höhe von 45.000 Euro (PSP-Element 1.28107 – Laternenfest)
 - 7.1 Sponsoringvertrag mit der Stadtwerke Halle GmbH über die Geldleistung zur Verwendung für die Kosten der Infrastruktur auf dem Festgelände in Höhe von 30.000 Euro
 - 7.2 Sponsoringvertrag mit der Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG über die Geldleistung zur Verwendung von Sachausgaben für Printwerbemittel in Höhe von 10.000 Euro
 - 7.3 Sponsoringvertrag mit der Halleschen Wohnungsgenossenschaft „Freiheit“ e.G. über die Geldleistung zur Verwendung für die Kosten der Infrastruktur auf dem Festgelände in Höhe von 1.000 Euro
 - 7.4 Sponsoringvertrag mit der Bau-und Verwaltungsgesellschaft mbH Halle GP Günther Papenburg AG über die Geldleistung zur Verwendung für die Kraftstoffkosten der Stromaggregate in Höhe von 4.000 Euro
8. Geldspende von der Saalesparkasse, Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale), in Höhe von 10.000 Euro für das traditionelle Höhenfeuerwerk anlässlich des stattfindenden Laternenfestes 2019 (PSP-Element 1.28107 – Laternenfest)
9. Geldspende der Firma KLARON GmbH, Fuchsbergstraße 25b, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 2.500 Euro zur Durchführung des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ (PSP-Element 1.28102.07 – Theater, Musik, Literatur)
10. Sachspende von Frau Dr. Grit Wendelberger, Heinrich-Heine-Str. 9, 06114 Halle (Saale) in Höhe von 1.142 Euro für das Stadtmuseum Halle (PSP-Element 1.25101 – Stadtmuseum)

Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels Vorlage: VI/2019/05143

Herr Krause sagte, dass aus der Diskussion im Finanzausschuss heraus die Bestandsmieten mit aufgenommen wurden. Aufgrund der gravierenden Mieterhöhungen soll künftig Transparenz hergestellt werden.

Herr Scholtyssek beantragte die Erledigung des Antrages, da der Rat 2016 einen Beschluss der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines Mietspiegels beschlossen hat. Seither besteht der Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Bislang ohne Umsetzung.

Frau Ernst sagte, dass die damals beschlossene Einbeziehung von Wohnungsunternehmen rechtlich problematisch ist. Die Verwaltung möchte nunmehr eine Voruntersuchung zum Verfahren in Auftrag geben.

Frau Dr. Brock argumentierte gegen den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Scholtyssek. Sie sagte, dass es sich sachlich um einen neuen Beschluss handelt, da auch die Bestandsmieten mit erfasst werden sollen. Sie plädierte gegen die Erledigung des Antrages.

Es gab keine weiteren Gegenreden, sodass **Frau Müller** den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung abstimmen lies.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitlich abgelehnt

Frau Winkler sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM den Antrag ablehnen wird, da Sinn eines Mietspiegels ist, Mieterhöhungsverlangen von Vermietern zu erleichtern und dies durchaus nicht mieterfreundlich ist. Es ist sehr viel aufwendiger, eine Mieterhöhung mit drei Vergleichsmieten zu begründen, die dann entsprechend auch gutachterlich untersetzt werden muss. Jeder Vermieter wird sich gut überlegen, ob er ein Gutachten über die Miethöherechtferkung in Höhe von 1500 Euro plus Gerichts- und Anwaltskosten in Auftrag gibt, um eine Mieterhöhung zu erzielen. Aus diesem Grund wird ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies genau der Grund ist, den Weg schrittweise zu ergründen. Wenn die Voruntersuchungen diese Tendenz ergeben, dann sollte auch der Rat darüber befinden, ob dies der richtige Weg ist.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass der Antrag selbst das nicht hergibt.

Frau Ernst antwortete, dass für die Voruntersuchung 60.000 Euro im Haushalt eingestellt sind.

Herr Wolter sagte, dass es einen gültigen Beschluss gibt, welcher aufgehoben werden müsste. Er äußerte sich kritisch zur Finanzierung des Mietspiegels, da die Bestandsmieten noch nicht in der Kostenschätzung in Höhe von 240.000 Euro enthalten sind.

Frau Dr. Schöps merkte an, dass der Mietspiegel bezahlbare Mieten in Halle sichern soll, derzeit jedoch nur ein rechtssicheres Instrument für Vermieter zu Mieterhöhungen darstellt.

Herr Krause bezog sich auf die Aussage von Herrn Wolter und sagte, dass der geltende Beschluss auch in Bezug auf die Finanzierung wirksam sein muss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Gemäß der Beschlusslage im Wohnungspolitischen Konzept 2018 der Stadt Halle (Saale) wird die Stadtverwaltung beauftragt, für die Stadt Halle (Saale) einen qualifizierten

Mietspiegel nach § 558d BGB zu erstellen, dabei werden die Bestandsmieten mit erfasst, um diesen entsprechend der gesetzlichen Regelung alle zwei Jahre zu aktualisieren.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VI/2019/04980**

Herr Aldag führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und warb für dessen Zustimmung.

Herr Wolter stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Antrags, welchem **Herr Aldag** widersprach.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Müller** um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Erledigung: **mehrheitlich abgelehnt**

Frau Ernst wies darauf hin, dass bislang noch keine Deckung zur finanziellen Untersetzung der Richtlinie vorhanden ist. Diese müsste durch den Stadtrat in den Haushaltsberatungen zunächst sichergestellt werden.

Herr Scholtyssek sagte, dass im Land ein Förderprogramm geplant ist und nicht ersichtlich ist, warum die Stadt als freiwillige Aufgabe Gelder im Haushalt einstellen soll. Mit einem Fahrrad kann maximal ein Kleintransporter ersetzt werden. Er erkundigte sich nach dem Effekt, wenn maximal 10 solcher Fahrräder von halleschen Bürgern gekauft werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung einen Haushaltsplanentwurf vorlegen wird und der Rat Änderungsanträge einbringen kann. Er merkte an, dass der Rat Anträge stellt, obwohl kein Geld zur Verfügung steht.

Herr Dr. Meerheim und **Herr Schied** sprachen sich für den Antrag aus.

Herr Feigl sagte, dass Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen, um das Klima zu schützen.

Herr Raue sagte, dass das Lastenfahrrad einen Unfallschwerpunkt darstellen könnte. Auf die Anschaffung muss verzichtet werden, wenn kein Geld zur Verfügung steht.

Bezugnehmend auf Herrn Scholtyssek, sagte **Herr Aldag**, dass der Verkehrsminister den Beschluss des Landtages nicht umsetzen wird. Demzufolge wurde der Antrag in den Stadtrat eingebracht. Es ist Aufgabe der Stadt, Gewerbetreibende bei der Anschaffung von Transportfahrrädern zu unterstützen.

Frau Ernst verwies auf die Beratung im Wirtschaftsausschuss. Dort wurde deutlich gemacht, dass der Antrag noch nicht mit den Gewerbetreibenden rückgekoppelt ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 8.7 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05091**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat hebt den am 23.03.2017 gefassten Baubeschluss Freiflächengestaltung Schülershof, 1. BA (VI/2016/02570) auf.
2. Die Planungen für die Freiflächen Schülershof werden unter folgenden Maßgaben überarbeitet:
 - a. Das Gymnasium erhält einen abgegrenzten Bereich zur Nutzung als Schulhof, der direkt südlich an das Gebäude der ehemaligen Gutjahrschule grenzt und genügend Schulhoffläche für ca. 450 Schüler*innen bietet.
 - b. Für die Aufteilung der Fläche zwischen dem Gebäude der Schule und der Straße „Schülershof“ (siehe zeichnerische Darstellung in der Antragsbegründung) ist zwischen den Nutzungen Gehweg, Ruhender Verkehr und Schulhof ein Kompromiss bei der Flächenaufteilung zu finden. Dem Stadtrat sind hierzu planerische Lösungsvorschläge mit jeweils unterschiedlichen Verteilungen der Nutzungsarten vorzulegen.
 - c. Zu den entwickelten Varianten sind jeweils die Auswirkungen auf die bisher beantragten und für weitere Bauabschnitte vorgesehenen Fördermittel im Bereich Schülershof darzustellen.
3. Die Neuplanung mit Varianten und einer Vorzugsvariante sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.8 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Nutzung von Recyclingpapier an städtischen Schulen
Vorlage: VI/2019/05100**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, als Schulträger gegenüber den Schulleitungen der städtischen Schulen die Nutzung von Recyclingpapier anzuregen und zu bewerben sowie auf entsprechende Möglichkeiten des zentralen Einkaufs durch die Stadt Halle hinzuweisen.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBürger zur Erarbeitung einer Digitalen Agenda für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05073**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:**einstimmig zugestimmt****Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis spätestens Frühjahr 2020 eine ganzheitliche digitale Strategie für die Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten.
2. Hinsichtlich der Struktur orientiert sich die Digitale Agenda am Wohnungspolitischen Konzept der Stadt Halle (Saale): Übergeordnete Leitlinien und Ziele werden durch konkrete Leuchtturmmaßnahmen in zentralen Handlungsfeldern untersetzt.
3. Um die integrierte Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten, wird angeregt, ein Expertengremium zu bilden und einzubinden, damit das Themenfeld der Digitalisierung fachübergreifend diskutiert werden kann. Das Gremium (z. B. ein eigener Ausschuss, ein Beirat oder ein Unterausschuss) soll beratende Funktion haben. Dem Gremium angehören sollen – neben Mitgliedern der Ratsfraktionen – auch Sachverständige aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Kunst, Soziales, Sport, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und Wissenschaft. Auch sollen Vertreter von zivilgesellschaftlichen Initiativen in dem Gremium vertreten sein können.
4. Eckpunkte und Schwerpunkte der Strategie sind dem Stadtrat im September 2019 zur Bestätigung vorzulegen. In geeigneten Abständen sind den Fachausschüssen Zwischenschritte zu präsentieren. Die Digitale Agenda ist dem Stadtrat im Frühjahr 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05250**

**zu 9.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)-
Vorlagen-Nr.: VI/2019/05250
Vorlage: VI/2019/05333**

Herr Lange führte in den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein und begründete diesen. Der Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion wurde übernommen. Er bemängelte die Aussage der Verwaltung, dass der Stadtrat nicht zuständig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass der Antrag in den übertragenen Wirkungskreis eingreift. Er sagte, dass autonomes Fahren auf der oberen Leipziger Straße nicht möglich ist. Der Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion wird bereits geprüft.

Herr Bernstiel sagte, dass in der oberen Leipziger Straße autonomes Fahren nicht möglich ist, da zu viele Fußgänger unterwegs sind und auch keine Fahrradfahrer die Straße passieren dürfen. Er warb um Zustimmung für den geänderten Antrag, da dieser auch im Interesse der Stadtverwaltung liegt.

Herr Lange merkte an, dass derzeit eine Fahrradspur auf der Leipziger Straße geprüft wird, auf der auch ein autonomes Fahrzeug fahren könnte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05250

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, bei der Bundesregierung in Erfahrung zu bringen, welche Programme existieren, um Modellprojekte für autonomes Fahren zu fördern.
2. Sollte es im Zuge der Prüfung zur Stellung eines Förderantrages kommen, so sind die Projektideen zum autonomen Fahren aus dem Konzept „HalleNeuStadt-Zukunftsstadt“ zu berücksichtigen.
3. Vor einer möglichen Antragstellung wird ein Arbeitskreis „Pilotprojekt Autonomes Fahren“ gegründet, bestehend aus Verwaltung (Dienstleistungszentrum Klimaschutz sowie Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, Fachbereich Planen Abteilung Verkehr u.a.), Stadtwerken, HAVAG Fachleute aus der Wissenschaft und Wirtschaft sowie jeweils einer/einem Vertreter*in der Ratsfraktionen.

zu 9.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Einrichtung eines Pilotprojektes autonomes Fahren in Halle (Saale)-
Vorlagen-Nr.: VI/2019/05250
Vorlage: VI/2019/05333

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Halle (Saale) ~~wird ein Pilotprojekt zum autonomen Fahren einrichten. Hierzu wird die Strecke Bahnhof, Riebeckplatz bis Markt, Hallmarkt über die Leipziger Straße für die Bedienung durch ein autonom fahrendes Shuttle geprüft. Gegenstand der Betrachtung ist der Personen- und kleinteiliger Güterverkehr~~ **wird beauftragt, bei der Bundesregierung in Erfahrung zu bringen, welche Programme existieren, um Modellprojekte für autonomes Fahren zu fördern.**
2. ~~Die Projektideen~~ **Sollte es im Zuge der Prüfung zur Stellung eines Förderantrages kommen, so sind die Projektideen** zum autonomen Fahren aus dem Konzept „HalleNeuStadt-Zukunftsstadt“ ~~sowie weitere Anmeldungen werden unverzüglich auf ihre Umsetzbarkeit geprüft~~ **zu berücksichtigen.**
3. ~~Es wird~~ **Vor einer möglichen Antragstellung wird** ein Arbeitskreis „Pilotprojekt Autonomes Fahren“ gegründet, bestehend aus Verwaltung (Dienstleistungszentrum Klimaschutz sowie Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, Fachbereich Planen Abteilung Verkehr u.a.), Stadtwerken, HAVAG Fachleute aus der Wissenschaft und Wirtschaft sowie jeweils einer/einem Vertreter*in der Ratsfraktionen.

- ~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Arbeitskreis bis zum 30. September 2019 ein Grobkonzept zum „Pilotprojekt Autonomes Fahren“ in Halle zu erstellen.~~
- ~~5. Es wird geprüft in wie weit die Umsetzung des Projektes gemeinsam mit den Stadtwerken erfolgen kann, um Erfahrungen zum künftigen Einsatz von autonom fahrenden Fahrzeugen im ÖPNV zu sammeln.~~

zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung einer Konzeption zur Nutzung und Vermarktung von Gewerbebrachen
Vorlage: VI/2019/05281

Herr Senius führte in den Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ein und begründete diesen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Nutzung und Vermarktung von brachliegenden Bestandsgewerbegebieten in der Stadt Halle zu erstellen. Diese ist dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 29.04.2020 zum Beschluss vorzulegen.

zu 9.5 Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05239

zu 9.5.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) VI/2019/05239
Vorlage: VI/2019/05312

Frau Müller merkte an, dass der TOP 9.5.1 von den Antragstellern übernommen wurde.

Frau Winkler sagte, dass der Punkt 2 gestrichen wird.

Herr Raue stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Herr Schreyer teilte mit, dass ein automatisches Verweisungsrecht nicht mehr existiert, sondern ein Mehrheitsbeschluss benötigt wird, da bereits eine Vorberatung der Angelegenheit stattgefunden hat.

Frau Müller bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Verweisung:

mehrheitlich abgelehnt

Herr Bernstiel sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Gernhardt wies darauf hin, dass Elektromobilität kein Bestandteil des Antrags mehr ist.

Herr Wolter warb für den Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) wird zeitnah (im Laufe des Jahres 2019) überarbeitet.

Dabei sind die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

1. dass es eine Ausnahme von der Pflicht gibt, Stellplätze herzustellen oder stattdessen eine Stellplatzabläse zu zahlen, wenn ein qualifiziertes Mobilitätskonzept vorgelegt wird. Ein Mobilitätskonzept ist dann qualifiziert, wenn es geeignet ist, die Nachfrage der Bewohner bzw. Nutzer nach Kraftfahrzeugen und Parkplätzen zu reduzieren. Dazu zählen:
 - a. die Teilnahme an einem (E-) Carsharing-Konzept,
 - b. das Vorhalten von Maßnahmen, die die Nutzung von Fahrrädern besonders unterstützen (Bereitstellen von E-Bikes, Lastenrädern oder Pedelecs über Bike-Sharing-Konzepte) oder Einrichten zusätzlicher Abstellflächen- räumen (z.B. für Fahrradanhänger),
 - c. spezielle Angebote für Beschäftigte, Bewohner und andere Nutzer (Z.B. Jobticket, Semesterticket, Jobräder, ÖPNV-Abo).

**zu 9.5.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) VI/2019/05239
Vorlage: VI/2019/05312**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird geändert und erhält die folgende Fassung:

1. Die Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) wird zeitnah (im Laufe des Jahres 2019) überarbeitet. ~~In die Neufassung wird eingearbeitet,~~
Dabei sind die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:
 1. dass es eine Ausnahme von der Pflicht gibt, Stellplätze herzustellen oder stattdessen eine Stellplatzabläse zu zahlen, wenn ein qualifiziertes Mobilitätskonzept vorgelegt wird. Ein Mobilitätskonzept ist dann qualifiziert, wenn es geeignet ist, die Nachfrage der Bewohner bzw. Nutzer nach Kraftfahrzeugen und Parkplätzen zu reduzieren. Dazu zählen:

- a. die Teilnahme an einem (E-) Carsharing-Konzept,
- b. das Vorhalten von Maßnahmen, die die Nutzung von Fahrrädern besonders unterstützen (Bereitstellen von E-Bikes, Lastenrädern oder Pedelecs über Bike-Sharing-Konzepte) oder Einrichten zusätzlicher Abstellflächen- räumen (z.B. für Fahrradanhänger),
- c. spezielle Angebote für Beschäftigte, Bewohner und andere Nutzer (Z.B. Jobticket, Semesterticket, Jobräder, ÖPNV-Abo).

**zu 9.6 Antrag der Fraktionen MitBürger, CDU/FDP und SPD zur Umbenennung der Straße „Am Klärwerk“
Vorlage: VI/2019/05290**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Straße „Am Klärwerk“ wird umbenannt in Gustav-Lambertin-Straße.

**zu 9.8 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle auf Erlass einer verbindlichen, detaillierten Handlungsanweisung zur Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips in den Wahllokalen in Halle
Vorlage: VI/2019/05293**

Herr Raue führte in den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle ein und begründete diesen.

Herr Geier informierte, dass jedem Wahlhelfer Schulungsunterlagen zur Verfügung gestellt werden, welche jederzeit auf der Internetseite der Stadt abgerufen werden können und anhand von Schulungsvideos visualisiert werden. Er sagte, dass das 4-Augen-Prinzip eingehalten wird. Daher bat er um konkrete Hinweise.

Weiter teilte er mit, dass im Wahllokal, in welchem sich Herr Raue befand, 3 Personen den Stimmzettel überprüften und Herr Raue neben dem stellvertretenden Wahlvorsteher stand und die Ansage überwachte. Hier wurde sogar ein 6-Augen-Prinzip durchgeführt.

Herr Raue merkte an, dass die Kritik auf die Grundschule Kastanienallee und Heide-Nord bezogen ist. In 3 Wahllokalen mussten Fehler korrigiert werden. In Zukunft muss ein sicheres Auszählungsverfahren vorliegen.

Herr Schreyer teilte mit, dass für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl die Wahlorgane verantwortlich sind. Die Wahlorgane sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Eine Beschlussfassung zur Erstellung einer Handlungsanweisung wäre demnach unzulässig.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Stadtverwaltung auf, eine verbindliche und detaillierte Vorschrift gemäß § 59 KWO-LSA für die Stimmenauszählung bei Wahlen zu erlassen, welche die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips unmissverständlich und für die Wahlvorstände bindend regelt. Diese Vorschrift soll eine Handlungsanweisung enthalten, die sich an die Vorgaben der Geschäftsanweisung für Wahlvorstände zur Auszählung der Wahlkreislisten zur Hamburger Bürgerschaft und zu den Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 24.02.2008, dort unter Punkt 3.1. formuliert, anlehnt.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu gerichtlichen Verfahren der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05183**

Die Beantwortung erfolgte im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Durchführung der Wahl zum 9. Europäischen Parlament und der Wahl des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 26. Mai 2019
Vorlage: VI/2019/05285**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Situation in der Schlosserstraße
Vorlage: VI/2019/05286**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu den Folgen der Hitzewelle
Vorlage: VI/2018/04282**

Herr Scholtyssek fragte, ob es ein Konzept zur Vermeidung von Hitzeschäden an Grünpflanzen und Bäumen gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass Grünpflanzen im Rahmen des Möglichen vermehrt gegossen werden.

zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu

Ersatzpflanzungen
Vorlage: VI/2019/05180

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle(Saale) zu Pachtverträgen zwischen der Stadt Halle (Saale) und Reit-und Rennvereinen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05276

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Sportgelände Otto-Stomps-Straße 24-27
Vorlage: VI/2019/05277

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anschaffung neuer Handsprechfunkgeräte des nichtpolizeilichen BOS-Digitalfunks bei den Freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: VI/2019/05278

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass A
Vorlage: VI/2019/05193

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Anzeigepflicht von Sturmschäden an Alleebäumen
Vorlage: VI/2019/05283

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.11 Anfrage der Fraktion MitBürger zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05212

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen der Konzeptuntersuchungen für Parkraum im Paulus- und Medizinerviertel
Vorlage: VI/2019/05287**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Instandsetzung, Beräumung und Reinigung sogenannter Integrationswohnungen für Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II
Vorlage: VI/2019/05211**

Herr Raue fragte, ob die Stadt Halle Kosten der Instandsetzung von Wohnungen übernimmt, welche in die Zuständigkeit des Vermieters fallen. Er sagte, dass die Frage 7 aus seiner Sicht nicht hinreichend beantwortet wurde und erkundigte sich, wie Leistungen vergeben werden, wenn Beträge nicht statistisch erfasst werden.

Frau Brederlow sagte, dass nicht die Asylsuchenden, sondern die Stadt Mieter der Wohnungen ist und den Mieterpflichten, wie Beräumung und kleine Instandsetzungen, nachgehen muss. Sie wies darauf hin, dass soweit möglich die Verursacher in die Kostenbeteiligung einbezogen werden.

**zu 10.14 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur existenzsichernden Eingliederung von EU-Ausländern in den Arbeitsmarkt
Vorlage: VI/2019/05279**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum Sozialleistungsbezug albanischer Staatsbürger in Halle
Vorlage: VI/2019/05288**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Forderung höherer Mietpreise von Interessenten im Sozialleistungsbezug
Vorlage: VI/2019/05292**

Die Antwort wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 STARK INS EIGENE LEBEN - Präventionskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05162**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Schiedung zur Saaleschule

Herr Schiedung berichtete, dass die Saaleschule auf der Peißnitzinsel ein Insektenhotel errichten wollte und erfragte den aktuellen Stand.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Grünflächenamt und die Saaleschule in den nächsten Tagen einen Standort für das Insektenhotel festlegen werden.

zu 12.2 Herr Schiedung zu Anregungen

Herr Schiedung bezog sich auf die Anregung zur Errichtung von Fahrradbügeln am Rannischen Platz und zur Internetseite „Sag’s uns einfach!“ und erfragte den jeweils aktuellen Stand.

Frau Ernst sagte, dass zu Anregungen unter Mitteilungen im Hauptausschuss informiert wird.

zu 12.3 Herr Schiedung zu Ersatzpflanzungen

Herr Schiedung fragte, ob es eine Erfassung der Nachpflanzungen am Südpark gibt.

Herr Rebenstorf sagte zu, die bereits erfolgte Antwort nochmals zur Verfügung zu stellen.

zu 12.4 Herr Eigendorf zum Fan-Projekt-Beirat

Herr Eigendorf erfragte die Zusammensetzung des Fan-Projekt-Beirates und wie das Auswahlverfahren erfolgt ist.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.5 Herr Schramm zur Scheibe A

Herr Schramm fragte, inwieweit die Bauarbeiten an der Scheibe A planmäßig im Einvernehmen mit dem Investor fortgesetzt werden und ob es zu Problemen kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, die Stadträtinnen und Stadträte bei Problemen zu informieren.

zu 12.6 Herr Lange zur Forsteinrichtung

Herr Lange fragte, ob und wann die Forsteinrichtung ausgeschrieben wurde und wann diese durchgeführt wird.

zu 12.7 Herr Lange zur Dölauer Heide

Bezugnehmend zur Antwort der Verwaltung zur zuletzt durchgeführten Übung in der Dölauer Heide, fragte **Herr Lange** nach, wann vor dem 07. Juni 2019 eine Feuerwehübung in der Dölauer Heide stattfand.

Frau Ernst sagte, dass aufgrund der aktuellen Wetterbedingungen täglich Feuerwehreinsätze zu verzeichnen sind.

Sie sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Herr Dr. Meerheim zur Scheibe A

Herr Dr. Meerheim fragte, warum der Stadtrat nicht darüber informiert wurde, dass der Investor seine Arbeiten eingestellt hat.

zu 12.9 Herr Dr. Meerheim zum Schreiben der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Stadtverwaltung informiert ist, dass die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft die Interkulturelle Woche nicht mehr durchführen möchte.

Herr Paulsen teilte mit, dass die Verwaltung Kenntnis davon erlangt hat, dass der Träger die Verantwortung abgeben möchte. Im Herbst 2018 wurde die Stadtverwaltung angefragt, ob sie gemeinsam mit dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuss den Auftakt der Interkulturellen Woche gestalten möchte. Seit Ende 2018 ist die Stadtverwaltung im Gespräch mit dem Träger, dass die Stadt als Veranstalterin des Marktfestes auftreten wird. Es haben weitere Gespräche und Treffen zur Verständigung stattgefunden. Er merkte an, dass mit einem anderen Kooperationspartner die Durchführung der Interkulturellen Woche sichergestellt wird.

Herr Dr. Meerheim las die einzelnen Aussagen des Schreibens vor und fragte, ob diese der Wahrheit entsprechen.

Herr Paulsen erklärte, dass zu den konkreten Aussagen gemeinsame Verständigungen stattgefunden haben und die Verantwortung durch den Träger trotzdem abgegeben wurde.

zu 12.10 Herr Dr. Meerheim zur Zusammenarbeit DLZ WWD und EVG

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Vereinbarung zur Zusammenarbeit des DLZ WWD und der EVG, welche die Zuständigkeiten regelt. Laut einem Schreiben des Oberbürgermeisters soll keine Zusammenarbeit erfolgen. Er fragte, warum hier gegen Beschlüsse des Stadtrates verstoßen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies nicht der Wahrheit entspricht und die EVG einen zentralen Ansprechpartner in der Verwaltung hat. Er verwies darauf, dass es in der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters liegt, wie die Verwaltung aufgestellt ist.

zu 12.11 Herr Schachtschneider zum Bahnübergang Nietleben

Herr Schachtschneider erfragte den aktuellen Stand zum Bahnübergang Nietleben.

Frau Ernst sagte, dass die Bahn erneut angekündigt hat, mit den Bauarbeiten zu beginnen. Eine Sperrung ist daher nicht möglich.

zu 12.12 Frau Dr. Brock zum Haushalt

Frau Dr. Brock erkundigte sich nach dem Stand der Einnahmen hinsichtlich des gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Brock erfragte zudem den aktuellen Sachstand der Themenjahre.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass noch keine Deckung vorliegt.

zu 12.13 Herr Aldag zum Hufeisensee und Posthornteich

Herr Aldag sagte, dass dem Golfplatzbetreiber eine Ausnahmegenehmigung zur Entnahme von Wasser erteilt wurde. Er fragte, wie viel Wasser entnommen wird und ob der festgelegte Wasserpegel eingehalten wird.

Weiter berichtete er, dass der Posthornteich immer mehr vertrocknet und der See vom Anglerverein nicht mehr richtig bewirtschaftet werden kann. Er fragte, ob die Problematik bekannt ist.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.14 Herr Rupsch zur Forsteinrichtung

Herr Rupsch fragte nach dem aktuellen Stand der Ausschreibung.

zu 12.14 Herr Rupsch zur Zukunftswerkstatt Stadtbahnprogramm

Herr Rupsch machte darauf aufmerksam, dass am selben Tag die ersten Fraktionssitzungen der neuen Fraktionen stattfinden und demnach kaum ein Mitglied des Stadtrates an der Zukunftswerkstatt teilnehmen kann.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass es sich nicht um eine Zukunftswerkstatt, sondern um ein Format allein zum Stadtbahnprogramm handelt.

zu 12.15 Herr Scholtyssek zu Bäumen in der Nordstraße

Herr Scholtyssek erfragte die Bedeutung der farbigen Markierungen der Bäume in der Nordstraße.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 12.17 Herr Scholtyssek zu Bauarbeiten

Herr Scholtyssek fragte, warum die Anwohnerinnen und Anwohner der Alfred-Schneider-Straße erst wenige Tage vor einer stattfindenden Baumaßnahme darüber informiert wurden. Er fragte weiter, warum die gesamte Straße gesperrt wird, wenn nur ein Gasrohr unterhalb des Fußweges erneuert werden soll.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.18 Herr Scholtyssek zu Fridays for Future

Herr Scholtyssek fragte, ob die Petition zum Erhalt der Hochstraße am Riebeckplatz bei der Stadtverwaltung abgegeben wurde.

Herr Paulsen sagte, dass die Forderungen bei einem gemeinsamen Termin in der Goldenen Rose übergeben wurden und seitdem keine weiteren Schreiben eingegangen sind.

zu 12.19 Herr Gernhardt zum Kongress Aufnahme von Menschen

Herr Gernhardt fragte, ob ein Vertreter der Stadt an dem am 13./14. Juni stattgefundenen Kongress zur Aufnahme von Menschen in Berlin teilgenommen hat. Er fragte weiter, ob die Stadt plant, sich am Bündnis „Städte sicherer Häfen“ zu beteiligen.

Herr Paulsen informierte, dass laut Stadtratsbeschluss der Stadtrat selber die Bereitschaft zur Teilnahme formuliert. An dem Kongress hat kein Vertreter der Stadt teilgenommen. Die Tagungsunterlagen werden jedoch angefordert.

zu 12.20 Herr Gernhardt zu Meinungsbildungen bei Demonstrationen

Herr Gernhardt fragte, auf welcher Grundlage die Stadtverwaltung entscheidet, dass die Meinungsbildung bei Versammlungen im Hintergrund steht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die zuständige Versammlungsbehörde die Polizei ist.

zu 12.21 Herr Raue zu Integrationswohnungen

Herr Raue fragte, warum bei Integrationswohnungen bei der Rückerstattung der Kosten für Instandsetzungen und Reinigung nicht die tatsächlichen Verursacher in Regress genommen werden, sondern dies zu Lasten der halleschen Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Frau Brederlow wiederholte, dass die Stadtverwaltung Mieter der Wohnungen ist und entsprechend in der Pflicht ist, die Wohnung bei Auszug herzurichten.

Herr Paulsen fügte hinzu, dass die Stadtverwaltung die Wohnungen nach einem Auszug herrichtet, damit diese neu bezogen werden können.

Herr Raue stellte fest, dass die Malerleistungen und Speditionsleistungen separat ausgeschrieben wurden und dies zu Lasten der Bürger geschieht. Er erkundigte sich, wo die Einnahmen der Stadt aus den Rückforderungen verbucht werden und bat um Mitteilung des Kontos und der Buchungsnummer. Weiter bat er darum, die Ausgaben und die Einnahmen in Verhältnis zu setzen und ihm die Beträge mitzuteilen.

zu 12.22 Herr Lange zur Scheibe A

Herr Lange fragte, ob die Baumaßnahmen fortgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass es einen gültigen Vertrag gibt und davon auszugehen ist, dass dieser auch umgesetzt wird.

zu 12.23 Herr Bernstiel zur Durchsetzung der Geschäftsordnung

Herr Bernstiel bat die Stadtverwaltung darum, die Stadtratsvorsitzende als auch die Fragesteller auf ihre Aufgaben hinzuweisen und die Geschäftsordnung anzuwenden. Weiter merkte er an, dass es der Stadtratsvorsitzenden nicht gestattet ist, Redebeiträge zu kommentieren.

Frau Müller teilte mit, dass lediglich auf die Geschäftsordnung hingewiesen wurde.

Herr Schreyer merkte an, dass die Rechte der Vorsitzenden im Kommunalverfassungsgesetz und in der Geschäftsordnung detailliert geregelt sind.

zu 12.24 Herr Feigl zur Baustelle in der Kleinen Märkerstraße

Herr Feigl erfragte den Stand des Ordnungswidrigkeitsverfahrens und ob die Baumaßnahme noch mit der Baugenehmigung gedeckt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, bat er um Erläuterung, was die Verwaltung unternimmt, um Ordnung herzustellen.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Verkehrsführung im Kreuzungsbereich Hansering / Große Steinstraße zugunsten des Radverkehrs Vorlage: VI/2019/05284

Aktuell wird die Stadtbahnprogrammmaßnahme Große Steinstraße/Joliot-Curie-Platz realisiert. Wesentliche Abschnitte des Bauvorhabens sind bereits abgeschlossen, der Straßenbahnbetrieb wurde wieder aufgenommen und die meisten Straßen wurden für den Verkehr freigegeben. Entsprechend der Planungen wurde im Rahmen der Bauarbeiten im Hansering der nach Norden führende Radweg verkürzt und dafür zwei Fahrspuren für Kfz und Fahrrad im Mischverkehr angelegt (Geradeausspur Richtung Oper und Rechtsabbiegerspur Richtung Steintor). Radfahrer*innen müssen sich mit der Neuregelung in die beiden betreffenden Fahrspuren im Hansering rechtzeitig mit einordnen.

Die Praxis zeigt aktuell, dass die beiden Fahrspuren im Kreuzungsbereich allerdings so eng sind, dass in vielen Fällen keine zwei Fahrzeuge nebeneinander den Kreuzungsbereich passieren können und in der Praxis versetzt hintereinander gefahren werden muss.

Vor dem Hintergrund, dass durch die baulichen Verhältnisse zwei Fahrzeuge nicht nebeneinander in den Kreuzungsbereich einfahren können und für Radfahrer*innen keine befriedigende Lösung besteht, regt die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** an, die Anzahl der Fahrspuren auf eine zu reduzieren und den Radweg bis zur Lichtsignalanlage als Radfahrstreifen zu verlängern. Geprüft werden sollte außerdem, ob direkt vor der Lichtsignalanlage ein sogenannter aufgeweiteter Radaufstellstreifen mit einer zweiten Haltlinie und einer Aufstellfläche vor dem Kraftfahrzeugverkehr markiert werden kann. Radfahrer*innen bräuchten so nicht im abgasbelasteten Wartebereich der Kfz stehen. Sie stehen dann im Sichtfeld der Kfz-Fahrer, was die Unfallgefährdung verringert. Beispielsweise werden solche Lösungen seit vielen Jahren in der Partnerstadt Karlsruhe an geeigneten Stellen umgesetzt - vgl. <https://fahrradfoerderung.vcd.org/verkehrsflaechen/aufgeweiteter-radaufstellstreifen/>

zu 13.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Haltestellenhäuschen der HAVAG
Vorlage: VI/2019/05289

Ab Juli 2019 werden in Leipzig an den Straßenbahn- und Bushaltestellen neue Wartehäuschen aufgebaut. Insgesamt werden 670 alte Wartehäuschen an den Haltestellen ersetzt und weitere 230 Wartehäuschen werden bis 2020 zusätzlich an Haltestellen errichtet, die bisher noch keinen Unterstand haben. Je nach Standort erhalten die Häuschen eine Bedachung mit Solarzellen oder eine Dachbegrünung. Nähere Infos unter: https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/66_Verkehrs_und_Tiefbauamt/Haltestellen/LVB_Stadt_FLY_Fahrgastunterstande_web.pdf

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** regt an, dass bei Umbau und Neubau von HAVAG-Fahrgastunterständen in Halle ebenfalls Bedachungslösungen als Gründach oder mit Solarzellen priorisiert werden. Entsprechend umgestaltete Wartehäuschen sind Schattenspender und Dächer mit Solarzellen ermöglichen z.B. eine energieeffiziente Ausleuchtung der Fahrplanaushänge.

zu 13.3 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung eines Fußgängerüberweges im Bereich Hallorenring
Vorlage: VI/2019/05291

Auf dem Hallorenring zwischen Hallmarkt und Glauchaer Platz wurde in Höhe des REWE-Supermarktes eine Querungsmöglichkeit für Fußgänger*innen in Form einer Mittelinsel eingerichtet. Die Querungsstelle wird sehr intensiv vom Fußverkehr genutzt, allerdings wird auch der Hallorenring stark mit Kfz befahren und die Kreuzungssituation im Bereich der Querungsstelle ist sehr unübersichtlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** regt daher an, aus Verkehrssicherheitsgründen die Querungsstelle zu einem regulären Fußgängerüberweg umzuwandeln.

**zu 13.4 Anregung der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) und des Stadtrates Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD-Fraktion) zur Kennzeichnung von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen
Vorlage: VI/2019/05304**

In der „Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale)“ I. 2. heißt es:

„Ehrengrabstätten sind am Grab einheitlich als solche zu kennzeichnen. Auf den Friedhofsübersichtsplänen ist auf sie hinzuweisen.

Auf den jeweiligen Friedhöfen und an dem jeweiligen Grab ist in geeigneter Weise ein schriftlicher Hinweis, worin die besonderen Verdienste der dort bestatteten Persönlichkeit bestehen, anzubringen. Diese Hinweise sollen eine der Würde und Dauer einheitlich angemessene Form haben. Die Anfertigung und Anbringung muss das Ergebnis einer (begrenzten) Ausschreibung sein.“

Zur Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe sieht sich der „Verein für Friedhofskultur in Halle und dem Umland e.V.“ veranlasst, einige Gedanken einzubringen.

1. Das Kennzeichen/Schild muss unabhängig von Grabgröße und -stein für jedermann gut erkennbar und lesbar sein.
2. Es soll ästhetisch und mit dem Denkmalschutz abgesprochen zu jedem Grab und in jeder Umgebung passen, d. h. nicht störend wirken.
3. Es soll auch „nach 50 Jahren“ noch stabil und ansehnlich sein, wobei vermutlich davon abzusehen ist, Bronzeguss oder ähnliches zu verwenden, damit z. B. „Buntmetallsammler“ sich nicht daran vergehen.
4. Der schriftliche Inhalt soll sich auf das Notwendigste beschränken. Dazu gehören Name und Lebensdaten des Toten, Beruf und evtl. Stellung in der Stadtgesellschaft. Stichwortartige Begründung seiner/ihrer Verdienste, Besonderheiten u. a. sowie seit wann Ehrengrab.
5. Auf der Tafel sollte zusätzlich ein entsprechender QR-Code angebracht werden (Beispiel Friedhof Aschersleben). Dadurch kann die schriftliche Mitteilung kürzer gehalten werden und es ergibt sich zugleich die moderne Möglichkeit für interessierte Besucher, mehr über die betreffende Persönlichkeit zu erfahren. Die Arbeit an den entsprechenden Texten und Bildern könnte von Historikern schrittweise nachträglich geleistet werden.
6. Die beschlossene (begrenzte) Ausschreibung sollte diese Bedingungen/dringenden Wünsche enthalten.

zu 13.5 Herr Eigendorf zum Basketballplatz im Stadtpark

Herr Eigendorf bat um Prüfung, ob die Netze der Basketballkörbe auf dem Basketballplatz im Stadtpark getauscht werden können, da diese stark beschädigt sind.

zu 13.6 Herr Eigendorf zu Herrn Raue

Herr Eigendorf regte an, Herrn Raue ein schriftliches Exemplar der Geschäftsordnung zur Verfügung zu stellen.

zu 13.7 Herr Senius zum Konzept Mikrodepots

Herr Senius regte an, dass sich die Verwaltung mit dem Konzept der Mikrodepots auseinandersetzt und den Rat über das Prüfergebnis nach der Sommerpause informiert.

zu 13.8 Herr Schiedung zum Laternenfest

Herr Schiedung regte an, ein Leitsystem für seh- oder körperlich beeinträchtigte Personen aufzustellen. Zudem regte er an, bei der Erstellung der Prospekte und der digitalen Darstellung einfache Sprache zu benutzen.

zu 13.9 Herr Schiedung zur Wittekindstraße

Herr Schiedung machte darauf aufmerksam, dass der Fußweg in der Wittekindstraße stark beschädigt ist und regte an, Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Zerstörung zu verhindern.

zu 13.10 Herr Aldag zum IMPULS-Festival

Herr Aldag regte an, bei der Landesregierung auf die Wichtigkeit des IMPULS-Festivals und auf die hallesche Spielstätte hinzuweisen und sich dafür einzusetzen, dass das Festival in Zukunft wieder stattfinden kann.

zu 13.11 Herr Raue zu Herrn Eigendorf

Herr Raue regte an, Herrn Eigendorf eine Ausfertigung des Kommunalverfassungsgesetzes zur Verfügung zu stellen.

zu 13.12 Herr Cierpinski zur Hafenbahnstraße

Herr Cierpinski regte an, die Beschilderung der Hafenbahntrasse zu überprüfen, da diese nicht an allen Abschnitten als Fuß- und Radweg ausgeschildert ist.

zu **Frau Müller zur ablaufenden Wahlperiode**

Frau Müller bedankte sich bei den Stadträtinnen und Stadträten für die gute Zusammenarbeit in der letzten Wahlperiode.

zu 14 **Anträge auf Akteneinsicht**

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

Frau Müller beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer